

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!  
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS  
(Sektion der Vierten Internationale)

April 1955

Nr. 88

Preis S 2.-

o=o

<u>I n h a l t :</u>	
Die Krise in der Labour Party - DER AUSSCHLUSS BEVANS	S. 1
DER SCHLÜSSEL ZUR LAGE NEUERLICH IN DEUTSCHLAND	S. 4

o=o

Die Krise in der Labour Party

DER AUSSCHLUSS BEVANS

Die Krise der Labour Party hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit einer schwachen Mehrheit ist Bevan aus der Parlamentsfraktion der Labour Party ausgeschlossen worden; mit seinem Ausschluß aus der Partei dürfte die Parteiführung aus Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen zögern.

Dieser Schritt ist den Attlee, Morrison & Co. nicht leicht gefallen. Im Grunde ist ja schon das Abstimmungsergebnis ein Schlag gegen sie. Es spiegelt wider, wie groß der Einfluß Bevans auf die Parteibasis ist, wie groß umgekehrt deren Druck auf die Parlamentarier der Labour Party ist. Diesem Drucke kann sich auch Attlee nicht entziehen, wie seine oft ins Zentristische ableitende Politik beweist. Es hat auch den Anschein, daß Attlee erst unter dem massiven Druck der Gewerkschaftsführung zu den Maßnahmen gegen Bevan gedrängt wurde. Die Deakin & Co. sind zweifellos diejenigen gewesen, die am energischsten Bevans Ausschluß verlangten und Attlee vorwärtstrieben. Sie sind bereit, mit der Bourgeoisie durch dick und dünn zu gehen. Genau ausgedrückt, vertreten sie den mit der Bourgeoisie verbündeten Gewerkschaftsapparat.

Schon auf dem vorjährigen Parteitag in Scarborough zeigte sich die wachsende Zuspitzung der Gegensätze im Innern der Labour Party. Im Mittelpunkt der Debatten stand die Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Von den 58 Resolutionen der Basisorganisationen der Partei verwarfen nicht weniger als 57 die deutsche Remilitarisierung. Das bezeugte den großen Fortschritt, den der linke Flügel der Partei gemacht hatte. Attlee und Morrison, die Rechten, setzten sich heftig für die deutsche Remilitarisierung ein. Trotz der oft

konfusen und chauvinistischen Formulierungen, die Bevan und seine Anhänger gebrauchten, schimmerte durch, daß es sich im Wesen um zwei Klassenlinien handelte, die in der Frage der deutschen Remilitarisierung aufeinanderprallten. Die Rechten vertraten den mit der Bourgeoisie verbündeten reformistischen Apparat. Bevan und seine Anhänger brachten die tiefe Unzufriedenheit der breiten Massen zum Ausdruck, wenn auch dieser Ausdruck oft genug unvollkommen, inkonsequent und schwankend war.

Die Rechten konnten auf dem Parteitag ihren Standpunkt bloß mit einer schwachen Mehrheit von 200.000 Stimmen durchsetzen, wobei bekanntlich ein bürokratischer Trick mithelfen mußte: der Holzarbeiterdelegierte stimmte entgegen dem Beschluß seiner Gewerkschaft für die Resolution der Rechten.

Bevan kandidierte auf diesem Kongreß, wie erinnerlich, für den Posten des Schatzmeisters der Partei, den Gaitskill, sein entschlossenster Gegenspieler, innehatte. Diese Kandidatur, die angesichts der Macht des Apparats von Anfang an als aussichtslos erschien, was sich auch bestätigte, wurde gleich als Verzicht Bevans auf seine Wahl in die Parteileitung aufgefaßt. Diese Wahl hätte nämlich seine Bewegungsfreiheit bedeutend eingeschränkt. Dennoch wurden von den sieben Sitzen in der Parteileitung, die auf die Lokalorganisationen entfallen, sechs mit erklärten Anhängern Bevans besetzt. Das siebente Mandat entfiel an einen Delegierten, der Bevans Standpunkt in der Frage der deutschen Wiederaufrüstung teilte. Dieser Wahlausgang zeigte anschaulich die Stärke Bevans trotz seines Ausscheidens aus der Parteileitung. Nun hat sich erwiesen, daß sein damaliger Schritt tatsächlich das Vorspiel zum jetzigen Ausschluß gewesen ist.

Die Frage, um die es jetzt ging und geht, ist die der Anwendung der H-Bombe. Churchill hat deren Herstellung und Anwendung "im Falle einer kommunistischen Aggression" proklamiert. Er zwang dadurch die Labour Party zu einer Stellungnahme. Die von Attlee im Unterhaus vertretene Resolution "tadelte" zwar die Regierung, billigte aber grundsätzlich Herstellung und Anwendung der H-Bombe. Damit ordnete sich die rechte Labourführung glatt den Kriegsplänen der eigenen Bourgeoisie unter. Bevan lehnte sich gegen diese Haltung der Partei in offener Sitzung des Parlamentes auf. Zwar billigte auch er die Herstellung der H-Bombe. Doch soll sie nicht als "Abschreckungsmittel", sondern bloß in Erwiderung auf eine Anwendung durch die Gegenseite verwendet werden.

Trotz dieser zwieschlächtigen Haltung Bevans ist es nun zum Bruch gekommen. Die verschärften imperialistischen Kriegsvorbereitungen zwingen die Labour Party, immer unverhüllter die Politik der Churchill & Co. mitzumachen. Auf diesem Wege erweist sich Bevans Opposition als ernstes Hindernis für die völlig mit der Bourgeoisie gehenden rechten Partei- und Gewerkschaftsführer. Hierbei spielt weniger die Person Bevans eine Rolle. Was seiner Opposition Gewicht gibt, ist die Unterstützung durch die breiten Massen, die er genießt. Ohne diese Stütze wäre sein Ausschluß längst erfolgt. So aber schwankten die Rechten lange Zeit, ernsthaft gegen ihn vorzugehen. Nun aber ist der Punkt erreicht, wo sie ungeachtet der Unterstützung, die er in den breiten Massen genießt, handeln müssen, wenn sie weiter der Bourgeoisie mit Erfolg dienen wollen. Weiteres Zögern hätte die Stellung der Rechten in der Partei zusehends gefährdet.

Es wird sich jedoch bald zeigen, daß ihnen Bevans Ausschluß keinen Schritt weiter hilft. Sein Einfluß bei den Massen, den sie durch den Ausschluß zu schwächen suchen, wird im Gegenteil noch anwachsen. Dieser Einfluß geht ja nicht auf die Person Bevans zurück. Bevan und seine Verbündeten in der Labourführung sind nur der unvollkommene Ausdruck der tiefen Revolutionierung der englischen Massen. Sein Zentrismus spiegelt die noch unklare, in voller Gärung befindliche,

im Grunde tief revolutionierte Haltung der englischen Massen wider. Diese Haltung wird täglich durch neue Anlässe verstärkt. Es wird sich zeigen, daß auch Bevans Ausschluß ein solcher Anlaß ist. Der Prozeß wird durch ihn nicht gestoppt, sondern beschleunigt werden. Die Massen befinden sich heute auf einer aufsteigenden Linie. Der Ausschluß Bevans stellt sich so als ein verzweifelter Schritt der Rechten dar, die von den revolutionierten Massen drohende Gefahr für Bourgeoisie und reformistischen Apparat abzuwehren.

Vergeblich. Es sind vier Wochen her, seit der konservative Schatzkanzler Butler einen deflationistischen Wirtschaftskurs einschlug. Die Konjunktur, die drei Jahre gedauert hat, geht ihrem Ende zu. Die "Presse" schrieb am 3. März von einem "Alarmsignal in England". Die "Arbeiter-Zeitung" schrieb, die Regierung Churchill habe den deflationistischen Weg gewählt, "um die Bevölkerung zu zwingen, weniger zu konsumieren und mehr für die Ausfuhr übrig zu lassen". Mit anderen Worten: die Kosten der nahenden Krise sollen die breiten Massen durch "Konsumverzicht", d.h. durch Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, auf sich nehmen. Unter solchen Umständen Bevan ausschließen, heißt nur Öl ins Feuer gießen! Die Radikalisierung der englischen Massen wird in den kommenden Monaten weitere große Fortschritte machen - ist sie doch schon unter den Bedingungen der Konjunktur ständig angewachsen! Bevans Massenbasis wird also noch anwachsen - und zugleich noch radikaler werden.

Wird es also zu einer Spaltung der Labour Party kommen? Sicherlich wünschen sich die Konservativen nichts sehnlicher. Die Wahlen stehen bevor und sie hoffen, daß die Labour Party infolge ihrer inneren Krise eine Wahlniederlage erleiden wird. Aber sie werden sich gründlich täuschen. Bevan wird keine neue Partei gründen. Er wird zunächst (bis zum Parteitag) den Kampf gegen seinen Ausschluß und dann, falls der Parteitag den Rechten beipflichten sollte, was durchaus nicht sicher ist, den Kampf um seine Rückkehr in die Partei führen. Seine Erklärung, daß er keine neue Partei gründen wird, ist zweifellos in diesem Sinne zu verstehen. Diese Taktik wird sowohl verhindern, daß die Konservativen bei den kommenden Wahlen aus der Krise der Labour Party Gewinn ziehen, als auch den Rechten, diesen wirklichen Spaltern, erschweren, ihren Spaltungskurs fortzusetzen. Wenn sie das trotzdem versuchen, dann um den Preis, daß sie die Massen vollends auf Bevans Seite treiben. Fünfzig, sechzig Abgeordnete auszuschließen, mit der großen Mehrheit der politischen Lokalorganisationen der Partei und einigen wichtigen Gewerkschaften zu brechen - das werden sich die Rechten noch gründlich überlegen! Im Gegenteil: diese Lage läßt es als durchaus möglich erscheinen, daß Bevan - auf dem "Umweg" seines Ausschlusses - im Zusammenhang mit der heraufziehenden wirtschaftlichen Krise und der sich zuspitzenden weltpolitischen Lage ernsthaft den Kampf um die Eroberung der Partei, d.h. praktisch zur Ausschaltung der Rechten, führen wird. Als erstes Resultat wird sich so eine zentristische Massenpartei herausbilden, von welcher aus sich der Weg zur Schaffung der marxistisch-revolutionären Partei eröffnet.

Diese Entwicklung wird nicht zuletzt Bevan dazu zwingen, eine klare, konsequente Politik einzuschlagen - oder beiseite geschoben zu werden. Solange er nicht vollends mit den Rechten bricht, die Linie der bedingten Unterstützung der Bourgeoisie verläßt, nicht begreift, welche Kluft die Rechten von den wirklichen Interessen der breiten Massen trennt, wird er letzten Endes scheitern. Bevan will subjektiv zweifellos den Sozialismus. Was er begreifen muß, ist, daß dieser nur durch vollen Bruch mit der Bourgeoisie, durch deren revolutionären Sturz zu erreichen ist. Aber selbst wenn Bevan an seiner zentristischen Politik scheitern sollte - nicht scheitern werden die

englischen Massen, aus deren Kämpfen sich die echten Führer zur Revolution in England erheben werden, an die Bevan eines Tages die Führung wird abgeben müssen.

Die durch Bevans Ausschluß erneut verschärfte Krise der Labour Party wird unvermeidlich auf die anderen SP-en ihre Wirkung ausüben, vor allem auch auf die asiatischen SP-en, die Bevan politisch nahe stehen. Das wird sicherlich nicht ohne Folgen für die sozialistische "Internationale" bleiben. Auch auf die SPÖ wird die Bevan-Krise nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die rechte Parteiführung hat natürlich nichts gegen Bevans Ausschluß einzuwenden; sie wird ihn, wenn auch nicht offen, begrüßen. Dennoch wird sich um die Frage eine Diskussion entspinnen. Man kann nicht einmal annehmen, daß die gesamte Führung hier einhelliger Meinung ist. Daß die besten Teile der SJ sowie ein Teil der Arbeiterfunktionäre der Partei mit Bevan sympathisieren, steht fest. Eine breitere Auseinandersetzung wird sich jedoch erst im Zusammenhang mit Fragen des Klassenkampfes in Österreich selbst ergeben.

+ + +

Mit dem Ausschluß Bevans ist die Krise der Labour Party nicht behoben. Im Gegenteil: sie wird sich umso entscheidender zuspitzen. Diese Krise hat unser 3. Weltkongreß bereits 1951 vorausgesehen. Die Ereignisse seither haben diese Voraussicht aufs glänzende bestätigt. Die Taktik, die gleichfalls auf unserem 3. Weltkongreß beschlossen wurde, erlaubte unseren englischen Genossen, sich mit den Massen der Labour Party aufs engste zu verbinden, an inneren Kämpfen der Labour Party an der Seite Bevans aktiv teilzunehmen. Nicht zuletzt ist die heutige Zuspitzung der Krise auch das Ergebnis ihrer gedulden, hartnäckigen, Jahre hindurch verfolgten Aktion in der Labour Party. Wir sind überzeugt, daß die Differenzen, die die englischen Genossen (im Zusammenhang mit der Cannon-Krise) von der Internationale getrennt haben, mit der neuen Kampfetappe überwunden werden und so ein neues Kapitel des trotzkistischen Kampfes in England aufgeschlagen wird.

-----

## DER SCHLÜSSEL ZUR LAGE NEUERLICH IN DEUTSCHLAND

Von E. Germain

Das Jahr 1955 steht im Zeichen des Aufstieges der deutschen Arbeiterbewegung. Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung ist in eine neue Phase eingetreten. Er wird zum geometrischen Ort, wo die Klassengegensätze zusehends zusammentreffen und sich eine Kraftprobe von internationaler Bedeutung entwickelt.

Während des letzten Jahres war der Kampf gegen die Remilitarisierung auf der Ebene der Diskussionen, der Resolutionen und der Abstimmungen verblieben. Die Avantgarde bemühte sich, die großen Massenorganisationen zu einer öffentlichen Stellungnahme zur Remilitarisierung zu bewegen. Im Sommer 1954 waren diese Anstrengungen endlich von Erfolg gekrönt. Zahlreiche Sektionen der Sozialistischen Partei sprachen sich gegen die Remilitarisierung in jeder Form aus. Auf dem Berliner Kongreß stellten sich ein Drittel der Delegierten auf diesen unversöhnlichen Standpunkt. Nacheinander bezogen der Kongreß der Gewerkschaftsjugend, der Metallarbeiter, schließlich der Gewerkschaftskongreß selbst - 6 Millionen stark - zumindest auf dem Papier diese Position, die eine kleine Minorität von Kämpfern seit zwei Jahren verteidigt hatte.

Vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß bis zum Beginn des Jahres 1955 gab es eine schwankende Situation. Die reformistischen Bürokraten, über ihre eigene Courage erschrocken, taten ihr möglichstes, um die Kongreßbeschlüsse in tote Buchstaben zu verwandeln. Die breiten Massen wollten sich angesichts ihres mangelnden Vertrauens in die Kampfbereitschaft der offiziellen Leitungen nicht spontan in den Kampf einlassen. Aufs neue war es eine kleine Minderheit von entschlossenen revolutionären Marxisten, revolutionären Gewerkschaftlern und radikalen Pazifisten, die eine neue Etappe der Bewegung auslösten.

Zuerst forderten überall lokale Sektionen der Partei und der Gewerkschaften die Anwendung der Beschlüsse des Frankfurter Kongresses. Dann organisierte die Jugend von Partei und Gewerkschaften kleine Propagandagruppen in mehreren großen Städten. In der Folge wurden an zahlreichen Orten mehr oder weniger spontane Versammlungen abgehalten. Vertreter der Regierung, die auf ihnen das Prinzip der Remilitarisierung zu verteidigen versuchten, wurden übel zugerichtet. In Frankfurt organisierten 4 bis 5000 Jugendliche eine machtvolle Straßendemonstration, die auf die öffentliche Meinung starken Eindruck machte. Schließlich nahm der Kongreß der bayrischen Gewerkschaften in München ein Aktionsprogramm gegen die Remilitarisierung an.

Unterdessen nahm die Opposition gegen die passive Haltung der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Führung immer radikalere Formen an. Innerhalb dieser Führungen vertrat eine Strömung, wenn auch in milder Weise, den Gedanken einer außerparlamentarischen Aktion gegen die Remilitarisierung. Zur großen Überraschung der Nichteingeweihten gewann diese Tendenz im Innern der SPD-Führung an Boden. Eine zentrale Versammlung in Frankfurt, abgehalten am 29. Jänner, gab das Signal zu einer Welle von Versammlungen und Kundgebungen in fast 6000 Städten, Ortschaften und Dörfern Westdeutschlands. So begannen breite Massen in die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung einzutreten.

### Die unmittelbaren Ziele der Bewegung

Was vor sich geht, liefert ein klassisches Beispiel der Wechselwirkung zwischen einem langsamen, aber tiefreichenden Aufstieg der Arbeiterbewegung, einer kühnen, aber realistischen Aktivität der Avantgarde und des fortgesetzten Schwächerwerdens des Widerstandes der bürokratischen Apparate, die sich zwischen die Unversöhnlichkeit des Klassenfeindes einerseits, dem Druck der eigenen Basis andererseits gestellt sehen. Die IV. Internationale kann stolz darauf sein, daß sie die einzige Arbeiterorganisation gewesen ist, die seit 1951 eine solche Entwicklung vorausgesehen hat!

Sicherlich ist der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung lange Zeit hindurch langsam und unregelmäßig vor sich gegangen. Wie kann man darüber auch erstaunt sein, wenn man bedenkt, von welchem Punkte die deutsche Arbeiterbewegung 1945 wieder ausgehen mußte, welches Gewicht der Faschismus, der Krieg, die Zerstörungen, die Besetzung, die Teilung des Landes, das Elend bis 1949, in welchem Jahr der kapitalistische Aufschwung dank der demoralisierenden Wirkung der sowjetischen Besetzung und der Unfähigkeit der SPD einsetzte, hatten.

Aus all diesen Gründen wäre es unernst zu erwarten, daß vom Beginn des Aufstiegs bis zu einem plötzlichen Ausbruch der "Massenspontaneität" es nicht einer langen Reihe von vorbereitenden, von der Avantgarde geführten Scharmützeln bedurfte, in deren Verlauf sich die Massen erst, Sektor auf Sektor, wieder an den Kampf gewöhnten.

Selbst heute kann man noch nicht sagen, daß die breiten Massen in den Kampf gegen die Wiederbewaffnung eingetreten sind. Sie er-

warten Taten, viele Taten, bevor sie sich entscheiden. Es bedürfte einer Aufeinanderfolge von Demonstrationen, von Warnungstreiks, von Versammlungen mit Beteiligung nicht nur Tausender, sondern Zehn- und Hunderttausender, bevor das Proletariat in seiner Gesamtheit in die Schlacht einbezogen ist.

Aber schon im Verlaufe der letzten Wochen haben sich hier die Dinge zu ändern begonnen. Man kann feststellen, daß, gleichgültig, um welche Aktion aus welcher Ursache es sich auch handelt, die Massen sie in ihrem Bewußtsein als Aktion gegen die Remilitarisierung auffassen. Das war bei der machtvollen Kundgebung der Hamburger Arbeiter gegen eine Handvoll Faschisten der Fall. Das war der Fall bei dem 24-stündigen Generalstreik an der Ruhr (Bergarbeiter und Gießereiarbeiter). Es ist ebenso bezeichnend, daß im gleichen Moment, wo die Leitung der Metallarbeitergewerkschaft zusammentrat, um die Maßnahmen gegen die Provokation der Unternehmer zu beraten, und wo viele der "Führer" der Gewerkschaft erklärten, daß ein Streik zur Niederlage verurteilt sei - daß in diesem Moment aufs neue 12.000 Bergarbeiter spontan in den Streik traten, was dann den Ausgang der Sitzung entschied!

Im Augenblick ist die zerstreute Bewegung der Kämpfer und mittleren Kader unter Führung der SPD geeinigt. Diese hat ihr ein sehr begrenztes Ziel gesteckt: Einen Druck auf den Bundestag auszuüben, um die Ratifikation der Pariser Verträge zu verhindern. Aber im Bundestag verfügt die bürgerliche Koalition über eine solide Mehrheit. Es stimmt, daß der erste Stoß der Arbeiter genügt hat, um in mehreren bürgerlichen Parteien geteilte Meinungen und innerhalb der Regierung selbst kritische Stimmen zu erzeugen, ja, um in gewissen bürgerlichen Kreisen Demoralisation und Defaitismus hervorzurufen. Aber es würde eine Illusion sein, zu hoffen, daß es Adenauer nicht gelingen werde, trotz allem eine genügende Majorität für die Ratifizierung zu finden.

Was tun in diesem Falle? Einige haben den Gedanken eines Referendums erwogen. Das war eine am Beginn der Kampagne nützliche Idee. Sie bleibt auch nützlich dort, wo es sich um lokale Kraftproben handelt, um neue Schichten in den Kampf einzubeziehen. Aber es ist kein Ziel mehr für die Gesamtschlacht. Die Frage der Wiederbewaffnung entscheidet die Klassenbeziehungen in Westdeutschland. Indem sie sich der Schaffung einer bürgerlichen Armee entgegenstellt, stellt die deutsche Arbeiterklasse in Wahrheit die Frage der Regierung, der Macht und des Staates. Sie fühlt das auch instinktiv und wird sich in dem Wirrwarr des Tages erst dann von Grund auf klar entscheiden, wenn sie ein genaues politisches Ziel erhält: den Sturz der Regierung Adenauer, die Organisierung von Neuwahlen, den Kampf für eine sozialdemokratische Regierung in Westdeutschland!

Überflüssig festzustellen: alle Teilwahlen seit einem Jahr zeigen, daß der im September 1953 gewählte Bundestag nicht mehr die wirklichen Kräfte darstellt. Damals hat die Arbeiterführung die Arbeiter ohne Ziellosungen, ohne Linie, ohne Antwort auf die großen Probleme der Stunde gelassen: die ganze schwankende Masse der kleinbürgerlichen Wähler stimmte für Adenauer. Heute sprechen sich die Arbeiterorganisationen klar gegen die Wiederbewaffnung aus: sie werden zu Anziehungspunkten für die zögernde Mittelklasse. Die Frage der Wiederbewaffnung ist eine Frage auf Tod und Leben für das deutsche Volk: das Volk selbst muß sich in dieser Frage aussprechen und in Zusammenhang mit seiner Entscheidung sich jene Regierung wählen, die diese Entscheidung zu respektieren fähig ist.

## Örtliche Blocks (Kartelle) für gemeinsame Aktion

Adenauer wird sich bis zur letzten Minute an den jetzigen Bundestag klammern. Wenn die Bewegung der Massen stark genug werden wird, um ihn trotz allem zu stürzen, wer wird dann das neue Parlament einberufen, wer Neuwahlen organisieren?

Unbemerkt - vor allem von jenen, die nicht sehen wollen - entstehen heute in Westdeutschland die Keime einer neuen Macht. Überall, wo die Massenorganisationen örtlich große Versammlungen vorbereiten, handeln sie als gemeinsamer Aktionsblock, um sie zu organisieren. Von seiten der örtlichen Leitungen der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen hat man zahlreiche linksstehende Intellektuelle, Pazifisten und kleinbürgerliche "Weggenossen" zu den Versammlungen eingeladen. Um aber deren Erfolg zu sichern, ist es notwendig, in gleicher Weise Delegationen der Großbetriebe einzuladen. Die reformistische Führung sucht natürlich die Aktivität der lokalen Aktionskartelle in Richtung auf Organisation von "friedlichen" Versammlungen zu beschränken. Die Revolutionäre müssen sich anstrengen, ein Maximum an Vertretern von Großbetrieben als Delegierte in die Kartelle zu bringen, diese selbst mehr oder weniger zu permanenten Einrichtungen zu machen, sie zur Vorbereitung von Straßenkundgebungen und Warnungstreiks zu veranlassen, sie von Ort zu Ort und in der ganzen Provinz untereinander zu verbinden, ihnen den Geist der Kühnheit und des unbegrenzten Vertrauens in die Kraft des Proletariats einzuhauchen. Auf diese Weise wird ihre Zusammenfassung auf einem großen Arbeiterkongreß im nationalen Maßstab vorbereitet.

Jenen, die von der Vorbereitung eines Generalstreiks schwätzen, muß man antworten: "Da habt Ihr die idealen Organe, um diesen Streik entsprechend vorzubereiten und zu organisieren!" Jene, die ein Referendum wollen, können sich keine besseren Organe vorstellen, die fähig sind, eine solche Aktion erfolgreich durchzuführen. Jene, die die "Einheitsfront" fordern, müssen die Reihen dieser Kartelle verstärken, nicht als Vertreter unbedeutender Sekten, sondern als Delegierte ihrer Betriebe oder ihrer Gewerkschaften. Niemand kann natürlich garantieren, daß die Geschichte diese Form, und nur diese Form allein wählen wird, um die Arbeitermacht in ganz Deutschland hervorzubringen. Die Massenbewegung schreitet in der unmittelbar vor uns liegenden Etappe sprunghaft fort. Sie besitzt in der Form der Blocks für gemeinsame Aktionen das beste Werkzeug zu ihrer Selbstorganisation, geboren aus der Logik des Kampfes.

Vor einigen Jahren würde das alles noch als ein absurder Traum erschienen sein. Heute können wir an den Ereignissen diese Linie einer möglichen Zukunft ablesen. Nach dem 17. Juni 1953 hat uns kein Schritt der Arbeiterbewegung nach vorwärts mehr überrascht. Dieser Tag hatte gezeigt, welches Feuer unter der Asche glimmt. An dem Tage, an dem die Massen in ihrer Gesamtheit in die Aktion eintreten, erneuern sie die besten Traditionen der Vergangenheit, Traditionen, seither um so schmerzhaftere Erfahrungen bereichert. Ohne Zweifel: das Beispiel an Klassenbewußtsein, an Mut, der praktischen Resultate ihres Kampfes, das ihnen ihre Brüder in Ostdeutschland gegeben haben, ist ein wirklicher Motor für die heutige Bewegung. Dank des 17. Juni haben die westdeutschen Massen die Gewißheit, daß ihre Aktion gegen Adenauer weder Ulbricht noch dem Krenl hilft, sondern zu einem sozialistischen Deutschland, zur Arbeiterdemokratie führen!

In diesem Sinne ist Deutschland, vielleicht für eine kurze Periode nur, zum Schlüssel der Lage in Europa geworden. Ein Sieg des deutschen Proletariats über Adenauer, die Bildung einer Arbeiterregierung in ganz Deutschland würde eine entscheidende Wendung der Weltlage darstellen, die tiefe Rückwirkungen in den USA wie in der

USSR hätte. Für diesen Sieg zu arbeiten, ist heute die Aufgabe der Revolutionäre in der ganzen Welt. In allen Massenorganisationen müssen die Arbeiter zur Hilfe für das deutsche Proletariat mobilisiert werden. Die Schande von 1933 darf sich nicht wiederholen! Die deutschen Arbeiter dürfen nicht vor ihren Feinden im Stich gelassen werden! Hände weg von der deutschen Arbeiterklasse: das muß man heute rufen, da die Kapitalisten die Aussichten einer "Polizeiaktion" gegen das deutsche Proletariat erwägen, falls dieses gegen Adenauer zum Ziel gelangen sollte.

Wir haben keinerlei Illusionen über die "revolutionären" Qualitäten der reformistischen Führung. Sie hat sich in den Kampf eingelassen, um ihre eigene Haut zu verteidigen. Sie wird früher oder später verraten. Aber je mehr sich die Bewegung ausbreitet, umso teurer wird sie diesen Verrat bezahlen. Schon erhebt sich aus den Kämpfen eine neue Generation von Arbeiterführern. Sie ist durch bittere Erfahrungen mit Reformismus und Stalinismus hindurchgegangen. Sie wird sich durch den Kampf stählen. Sie erweist ebenso, vom Gesichtspunkt der Schaffung der revolutionären Führung aus gesehen, daß sich der Schlüssel zur Lage in Deutschland befindet.

(Übersetzt aus "La Vérité des Travailleurs",  
Nr. 28, März 1955)

-----